

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg



Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Heft 9

- Halle 2001 -

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Redaktion: Inga Grebe; Daniel Bohse (Transliteration)
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Victor Artemov

Moderne russische Geschichtsschreibung und einige Probleme der Revolution von 1917 in Rußland.....5

Manfred Müller

Die Rezeption der nationalsozialistischen Außenpolitik in der Bevölkerung der Provinz Sachsen 1934 - 1936.....18

Daniel Bohse

Abndung einer „zweiten Front“ im Kaukasus? Die Deportation der Tschetschenen und Inguschen in den Jahren 1942-1945 und die Mär von der kollektiven Kollaboration mit dem deutschen Aggressor.....37

Carel Horstmeier

Die Maus, die brüllte. Methoden der Anerkennungspolitik der DDR.....57

Die Rezeption der nationalsozialistischen Außenpolitik in der Bevölkerung der Provinz Sachsen 1934 - 1936¹

Von Manfred Müller

I. Einleitung

Aus der Retrospektive rechnet man insbesondere die Sprengung der Versailler Fesseln und die damit verknüpfte Rückgängigmachung der politisch-militärisch gedrückten Stellung der Deutschen in den Anfangsjahren des Dritten Reiches zu Hitlers „Erfolgen“.² Und in der Tat fand die nationalsozialistische Außenpolitik in dem hier zu untersuchenden Zeitraum die nahezu ungeteilte Zustimmung der Deutschen. Dieses Ergebnis wurde im wesentlichen dadurch erzielt, „daß es dem Dritten Reich gelang, den vorherrschenden, im Grunde genommen ungebrochenen Nationalismus in seinem Sinn zu funktionalisieren.“³ Gleichwohl wurde die Begeisterung der deutschen Bevölkerung über Hitlers Außenpolitik oftmals unterbrochen von Kriegspsychosen, an deren Stelle erst dann eine grenzenlose Euphorie trat, wenn „- oft wider Erwarten - kein Krieg begann.“⁴

Der vorliegende Aufsatz behandelt anhand der überlieferten Gestapo- und Regierungsberichte über die Provinz Sachsen die Resonanz, welche die außenpolitischen Ereignisse auf die dortige Bevölkerung hatten. Dabei bildet der nationalsozialistische Putsch in Österreich am 25. Juli 1934 den Auftakt. Danach folgen die Saarabstimmung am 13. Januar 1935 und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935. Den Abschluß bildet das deutsch-britische Flottenabkommen am 18. Juni 1935. In einer Schlußbetrachtung werden die wichtigsten Ergebnisse des Kapitels zusammengefaßt und nachgewiesen, daß die Bevölkerung in der Provinz Sachsen trotz ihrer offenkundigen „Wehrfreudigkeit“ einer Politik, welche die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschworen hätte, ihre Zustimmung verweigert hätte.

¹ Der vorliegende Aufsatz ist eine überarbeitete Fassung eines Kapitels meiner Dissertation „Zustimmung und Ablehnung, Partizipation und Resistenz. Die preußische Provinz Sachsen im Spiegel geheimer Gestapo- und Regierungsberichte 1933 - 1936. Untersuchungen zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der Bevölkerung“, die im Juli 2000 vom Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angenommen wurde.

² Sebastian Haffner: Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 63ff.

³ Bernd Stöver: Das Dritte Reich im Spiegel der sozialistischen Exilberichte, in: VfZG 43 (1995), S. 449-471, hier: S. 456.

⁴ Ebenda, S. 457.

II. *Der Putsch in Österreich*⁵

Waren nach dem Ersten Weltkrieg die Sympathien in Österreich für einen „Anschluß“ an das Deutsche Reich stark ausgeprägt gewesen, so wurden sie nach dem 30. Januar 1933 „mehr und mehr von der Ablehnung der nationalsozialistischen Diktatur“ verdrängt. Gleichwohl beharrten die österreichischen Nationalsozialisten mit allem Nachdruck auf dem gesetzten Ziel. Mit Unterstützung der deutschen Nationalsozialisten forcierten sie den Druck auf die österreichische Regierung. Bundeskanzler Dollfuß glaubte dem drohenden Ansturm nur noch begegnen zu können, indem er das „demokratische Gemeinwesen durch einen Staatsstreich in ein autoritäres Regime“ überführte. Doch die Anstrengungen waren vergeblich. Am 25. Juli 1934 führten die österreichischen Nationalsozialisten einen Putsch gegen die Regierung durch, in dessen Verlauf der Bundeskanzler Dollfuß von den Hochverrätern ermordet wurde. Neben Großbritannien und Frankreich, den „Garantiemächte[n] der Pariser Ordnung“, hatte Italien Österreich Schutz garantiert. Allein Mussolini, der einerseits als der „prospektive Allianzpartner Hitlers“ gehandelt wurde, andererseits die „nach Süden und Südosten zielenden Ambitionen des Deutschen Reiches mit wachem Mißtrauen und tätiger Abwehr“ begleitete, nahm seine „Protektorenrolle“ ernst und brachte seine Truppen am Brenner in Stellung. Das Deutsche Reich, das innenpolitisch noch an den Folgen des „Röhm-Putsches“ laborierte, konnte sich keine außenpolitischen Verwicklungen leisten und ließ wahrheitswidrig jede deutsche Beteiligung an den Vorfällen in Österreich dementieren.⁶

Fand der Putsch in den Lageberichten der Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt keinen Niederschlag - vermutlich maßen die dortigen Berichterstatter den Ereignissen infolge der „Röhm-Revolte“ einen höheren Stellenwert bei, oder aber die Bevölkerung nahm von den österreichischen Vorfällen wegen der „Röhm-Revolte“ keine Notiz - so zeigte sich im Regierungsbezirk Magdeburg ein anderes Bild.

Dort zogen die Vorgänge in Österreich aus Sicht der Gestapo neben der „Röhm-Revolte“ die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich. Die Bewertung der österreichischen Vorkommnisse in ausländischen Zeitungen führte der Bevölkerung, so sah es jedenfalls der Berichterstatter, sehr deutlich die Isolierung Deutschlands vor Augen, die man so nicht vermutet hatte. Besonders die diesbezüglichen scharfen Stellungnahmen gegen

⁵ Der Putsch in Österreich am 25. Juli 1934 ist das erste außenpolitische Ereignis, das in den überlieferten Lageberichten seinen Niederschlag gefunden hat. Zu Hitlers Außenpolitik seit dem 30. Januar 1933 insgesamt vgl.: Klaus Hildebrand: Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Stuttgart 1995, S. 563ff. Marie-Luise Recker: Die Außenpolitik des Dritten Reiches, München 1990.

⁶ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 594f.

Deutschland in italienischen Zeitungen erzeugten eine „starke Erbitterung“. Nach der Mobilmachung von italienischen Truppen an der österreichischen Grenze ergriff die Bevölkerung Furcht vor „kriegerischen Verwicklungen“.⁷ Zugleich war die Bevölkerung im Bezirk besonders von der Haltung Italiens in diesem Konflikt enttäuscht. Hatte man geglaubt, daß durch das Zusammentreffen Mussolinis mit Hitler im Juni 1934 in Venedig das bilaterale Verhältnis ein „recht gutes“ wäre,⁸ war man jetzt erschüttert über diesen „zweiten Verrat“.⁹

III. Die Saarabstimmung

Nach dem gescheiterten Putsch in Österreich befand sich das Deutsche Reich in einer „außenpolitische[n] Misere“. In dieser schwierigen Lage kam Hitler „einer jener Zufälle, die seine Karriere mit merkwürdiger Regelmäßigkeit begleiteten und seine Absichten begünstigten“, zur Hilfe. Im Versailler Vertrag war festgesetzt worden, die Bevölkerung des Saarlandes nach einer Frist von 15 Jahren in einer Volksabstimmung über ihren völkerrechtlichen Status entscheiden zu lassen.¹⁰ Nach großen Propagandaaktionen zugunsten der Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich, die auch von der Arbeiterschaft des Reiches und des Saargebietes getragen worden waren, fand am 13. Januar 1935 die Volksabstimmung im Saargebiet statt. Am 15. Januar 1935 war das Resultat des Volksentscheids der Öffentlichkeit bekannt: 90,8 Prozent der Wähler hatten sich für eine Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich ausgesprochen, 8,8 Prozent hatten für den bisherigen völkerrechtlichen Status und 0,4 Prozent für die Angliederung an Frankreich votiert.¹¹ „Die Zugehörigkeit zur Nation“ hatte offenbar den Saarländern mehr bedeutet „als das Privileg der Demokratie; das nationale Anliegen rangierte vor der inneren Freiheit“.¹²

Im Regierungsbezirk Magdeburg bewies das überraschende Ergebnis der Saarabstimmung aus Sicht der Gestapo eine „starke Anteilnahme“ und „Begeisterung“ innerhalb der Bevölkerung, die den Wahlausgang uneingeschränkt als „Zustimmung“ der Saarländer zum National-

⁷ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Juli 1934, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁸ Lagebericht Regierungspräsident Magdeburg vom 10. 8. 1934, BA-P 17.01 St.3 Nr. 897, Blatt 5.

⁹ Ebenda, Blatt 6.

¹⁰ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 596.

¹¹ Heinz Höhne: Zeit der Illusionen. Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933-1936, Düsseldorf 1991, S. 285-286.

¹² Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 596.

sozialismus und als „Treuekundgebung für den Führer“ bewertete.¹³ An den aus Anlaß der Überführung der „Schwarzen Sturmflagge“ vom Saarland nach Berlin veranstalteten Feiern nahm ein großer Teil der Bevölkerung im Februar 1935 überall im Regierungsbezirk teil.¹⁴ Nachdem die Rückgliederung des Saarlandes an das Deutsche Reich am 1. März 1935 vollzogen war, brach sich erneut eine euphorische Stimmung Bahn, von der „kaum jemand“ ausgenommen war, und die aus diesem Anlaß durchgeführte „Saarlandfeier“ fand „tiefsten Widerhall“ in der Bevölkerung und stärkte deren „Vertrauen zum Führer“.¹⁵

Die Gestapo Halle sah wegen des Ausgangs der Saarabstimmung eine „weitere grundlegende Wandlung“ in der Einstellung der Bevölkerung, die das Wahlergebnis als einen „noch nicht dagewesenen Sieg“ betrachtete und ihn allein Regierung und Partei zuschrieb. Zugleich deutete die Gestapo diesen „glänzenden Erfolg“ als einen „schweren Schlag“ gegen die Gegner des Regimes.¹⁶ Dennoch warnte sie vor einem „leichtfertigen übertriebenen Optimismus“, da die Stimmung, insbesondere bei den Arbeitern, wegen der „unerfreulichen Lohnverhältnisse“ und einiger Firmenstillegungen „durchaus noch nicht zufriedenstellend“ war.¹⁷ Dennoch äußerte der staatspolizeiliche Berichtersteller die Erwartung, daß das eindeutige Bekenntnis der Saarländer bei dieser Volksbefragung der „Bewegung auf längere Zeit neuen Schwung“ und der Bevölkerung „die in letzter Zeit erforderlich gewordene frische Begeisterung“ geben würde.¹⁸ Die „Nachwirkungen“ der Saarabstimmung führten, so liest man im März 1935, zur weiteren Hebung der Bevölkerungstimmung. „Miesmacher“ und „Kritikaster“ traten in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung.¹⁹ Die Straße gehörte den Menschen, die mit „begeisterten Feiern“ die völkerrechtliche Eingliederung des Saarlandes in das Deutsche Reich begrüßten.²⁰

Hatte noch im Dezember 1934 die Erfurter Gestapo die Neigung von KPD, SPD und Zentrum registriert, die Saarabstimmung zu boykottieren,²¹ war davon einen Monat später nichts mehr zu spüren. Die Stimmung war offenbar umgeschlagen. Die „Verständigung mit Frankreich in der

¹³ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Januar 1935, Auszüge, BA-P 17.01 PSt.3 Nr. 56/1, Blatt 344.

¹⁴ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Februar 1935, BA R58/1571, Blatt 565.

¹⁵ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für März 1935, BA R58/1574, Blatt 571.

¹⁶ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Januar 1935, Auszüge, BA-P 17.01 PSt.3 Nr. 25I/II, Blatt 18.

¹⁷ Ebenda, Blatt 19.

¹⁸ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Februar 1935, BA R58/1569, Blatt 323.

¹⁹ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für März 1935, BA R58/1572, Blatt 343.

²⁰ Lagebericht Regierungspräsident Merseburg für März/April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,5.

²¹ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Dezember 1934, Auszüge, BA-P 17.01 PSt.3 Nr. 19, Blatt 373.

Saarfrage sowie die in Aussicht stehenden weiteren Verhandlungen“ bewirkten nachdrücklich eine „Beruhigung“ der durch „verschiedenartigste Gerüchte“ im November 1934 aufgewühlten Bevölkerung.²² Das gesamte öffentliche Interesse konzentrierte sich fortan auf die Saarabstimmung. Von einem für Deutschland positiven Wahlausgang erwartete die Bevölkerung eine Initialzündung „zu einer weiteren Verständigung mit Frankreich“.²³ Das Abstimmungsergebnis, das „selbst die Erwartung der größten Optimisten [übertraf]“, löste „in allen Bevölkerungskreisen eine ehrliche, tiefempfundene Freude“ aus. Auch „ehemalige Gegner der Bewegung“ wurden von der freudigen Stimmung mitgerissen, für den Berichtersteller ein untrügliches Zeichen dafür, daß „das deutsche Volk über alle kleinlichen Tagesfragen hinweg eine unlösbare Einheit bildet, wenn Schicksalsfragen der Nation zur Entscheidung stehen“.²⁴ Gleichwohl äußerte die Gestapo auch Kritik an dem unangebrachten Verhalten einzelner Personen im Bezirk im Zusammenhang mit diesen Ereignis. Einige Leiter von Großbetrieben, z.B. Rheinmetall in Sömmerda, hatten für ihre Abteilungsleiter und Angestellten einen „Gemeinschaftsempfang“ veranstaltet. Aber ihren Arbeitern hatten sie nicht gestattet, während der Arbeitszeit die Übertragungen am Radiogerät zu verfolgen, obwohl diese ihre Bereitschaft bekundet hatten, die versäumte Arbeitszeit nachzuholen.²⁵ Als das Saarland am 1. März 1935 offiziell dem Deutschen Reich angegliedert worden war, wurden im gesamten Regierungsbezirk Erfurt, so berichteten Gestapo und Regierungspräsident übereinstimmend, „eindrucksvolle Feiern“ veranstaltet, an denen neben den nationalsozialistischen Organisationen und der Reichswehr „alle Kreise der Bevölkerung“ teilnahmen. Auch die Kirchen beteiligten sich und führten „Dankgottesdienste“ durch. Allerdings hißten zahlreiche katholische Kirchen, sehr zum Ärger der Gestapo, nur die Kirchenflagge.²⁶ Der überraschend eindeutige Wahlerfolg an der Saar und die daraus resultierende positive Wirkung auf die Bevölkerung hatte aus der Sicht des Erfurter Regierungspräsidenten die staatsfeindlichen Aktivitäten im Bezirk nahezu paralyisiert. Allerdings war dieser Effekt nur vorübergehend. Schon

²² Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 9. 1. 1935, BA-P 17.01 St.3 Nr. 807, Blatt 69.

²³ Ebenda, Blatt 70.

²⁴ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Januar 1935, Auszüge, BA-P 17.01 PSt.3 Nr. 19, Blatt 502.

²⁵ Ebenda, Blatt 503.

²⁶ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für März 1935, BA R58/1572, Blatt 271. Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 15. 5. 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,1, Blatt 60.

im Februar 1935 mußte der Regierungspräsident wieder eine regsame Betätigung der Gegner des Staates konstatieren.²⁷

IV. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht

Mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht beging Hitler, vermutlich „im Hochgefühl des stolzen Erfolges“ bei der Saarabstimmung, einen „eklatanten Bruch“ des Versailler Vertrages.²⁸ Doch wieder war sein Vabanquespiel erfolgreich. Zwar schienen Frankreich, Großbritannien und Italien zum energischen Handeln entschlossen, aber die bei ihrem Zusammentreffen in Stresa verlautbarten Stellungnahmen klangen „wenig überzeugend“. Letztlich ließen die drei Mächte es „bei drohenden Warnungen für das nächste Mal bewenden“. Die unterschiedlichen Perspektiven, in denen der Diktator und das nationalsozialistische Deutschland von Italien und Großbritannien gesehen wurden, und die angespannte weltwirtschaftliche Lage verhinderten ein gemeinsames unerbittliches Vorgehen der „großen Staaten Europas“. Mussolini wollte sich vor dem Hintergrund seiner abessinischen Interessen mit dem deutschen Diktator nicht überwerfen. Großbritannien, eingedenk seiner innenpolitischen Probleme und der aus seiner Weltmachtstellung resultierenden Überforderung, hatte sich bereits vor dem 16. März 1935 entschlossen, „mit den Deutschen, so oder so, einen Ausgleich zu suchen“. Man war dort jetzt bereit, Hitlers Vorstellungen von zwischenstaatlichen Vereinbarungen entgegenzukommen. Folglich trafen am 25. März 1935 die Minister Anthony Eden und John Simon in Berlin mit Hitler zusammen. „Auf Hitlers Missetat folgten mithin keine Sanktionen, sondern vielmehr Gespräche über die gemeinsame Zukunft.“²⁹ Diese Unterredung wurde von der Bevölkerung der Provinz Sachsen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt.³⁰ Frankreich, nunmehr allein, hegte anfänglich Ressentiments, nur im Bunde mit der „ablehnend beargwöhnten Sowjetunion“ gegen Deutschland vorzugehen. Schließlich entschloß sich Frankreich doch, einen Beistandspakt mit der Sowjetunion einzugehen; er wurde am 5. Mai 1935 unterzeichnet. Dieser „Ostpakt“, der den „Ring um Deutschland enger [zog]“,³¹ bildete ein vorrangiges Diskussionsthema in der Provinz

²⁷ Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 7. 3. 1935, BA-P 17.01 St.3 Nr. 807, Blatt 82.

²⁸ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 596.

²⁹ Ebenda, S. 567f.

³⁰ Lagebericht Oberpräsident Magdeburg vom 10. 5. 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

³¹ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 599.

Sachsen.³² Die Handlungsunfähigkeit und/oder -unwilligkeit der drei Mächte stärkten Hitlers völkerrechtswidrige Politik und ermutigten ihn zu „weiteren Brüskierungen, wie die allerdings schwer voraussehbare Entwicklung der Zukunft ausweisen sollte“.³³ Für die staatspolizeilichen und amtlichen Berichtersteller in der Provinz Sachsen war die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und die darauffolgende Bevölkerungsreaktion ein exponiertes Thema in ihren Berichten.

Große Freude in allen Teilen der Bevölkerung über die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht notierte die Magdeburger Gestapo. Nach ihrer Darlegung wurde diese gesetzliche Regelung von der Bevölkerung als ein weiterer Schritt zur Befreiung von den „Ketten des Versailler Vertrages“ angesehen. Überdies stärkte dieser Umstand den Patriotismus, da Deutschland nunmehr dem Status einer gleichberechtigten Nation neben anderen Völkern ein erhebliches Stück nähergekommen zu sein schien. „Nörgelei“ und „Kritik“ wurden nirgendwo wahrgenommen.³⁴ Frohgemut waren die Angehörigen des Stahlhelm. Sie sahen in der wehrpolitischen Maßnahme einen „Schlag“ gegen die SA und SS.³⁵ Schließlich erwartete die Bevölkerung, daß die Wiedereinführung der Wehrpflicht maßgeblich zu einer Verringerung der Arbeitslosenzahl beitragen würde. Mit „großer Spannung“ wurden von den Wehrpflichtigen die Durchführungsbestimmungen dieses Gesetzes erwartet. Mit „Ungeduld“ harrten „Angehörige älterer Jahrgänge“ auf ihre Einberufung zu einer Wehrübung. Allerdings befiel verheiratete Männer die Sorge, in welcher Form der Familienunterhalt gesichert werden würde, solange sie bei der Wehrmacht waren.³⁶ Im Mai 1935 erzeugten die Bekanntgabe des „Wehrgesetzes“ und die damit verbundenen Durchführungsbestimmungen bei der Bevölkerung eine „große Beruhigung“ und „Befriedigung“, was die Rede vom „Kriegsgespens“ verstummen ließ.³⁷ Allerdings führte die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu Verunsicherung und Zwietracht innerhalb des Stahlhelm. Zum einen sah man dort die weitere Existenz des Verbandes als obsolet an und befürchtete durch das „Eindringen zahlreicher kommunistischer Elemente“ eine unzureichende Unterstützung des nationalsozialistischen Regimes seitens des Stahlhelms. Zum anderen nahm ein Teil der Stahlhelmer eine deutliche Opposition zur NSDAP ein

³² Lagebericht Oberpräsident Magdeburg vom 10. 5. 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

³³ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 567.

³⁴ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für März 1935, BA R58/1574, Blatt 571.

³⁵ Ebenda, Blatt 582.

³⁶ Ebenda, Blatt 572, 584.

³⁷ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Mai 1935, BA R58/1577, Blatt 624.

und forcierte mit aller Kraft bestehende Konflikte.³⁸ Nach Ansicht des Magdeburger Regierungspräsidenten verbanden die Menschen seines Bezirks mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, die sie „mit großer und ehrlicher Freude“ aufgenommen hatten, eine erhebliche Verbesserung der außenpolitischen Lage, eine innenpolitische Konsolidierung und einen wirtschaftlichen Aufschwung des Deutschen Reiches.³⁹

Auch im Amtsbereich der Gestapo Halle wurde die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht lebhaft begrüßt und als „gewaltige geschichtliche Tat der Regierung“ gefeiert.⁴⁰ Daß Hermann Göring den Worten seines Führers sogleich Taten folgen ließ, indem er eine „schon vorhandene und zum ersten Male aus dem Verborgenen“ hervorgeholte Luftwaffe im Umfange der britischen präsentierte, wurde ebenfalls von „allen Volksgenossen“ als „nationalsozialistische Tat“ enthusiastisch gefeiert. Die Rückkehr Deutschlands als gleichrangiges Mitglied in die Völkergemeinschaft war nach Auffassung der Gestapo vorrangig verantwortlich für die positive Stimmung der Bevölkerung. Hinzu trat bei der Bevölkerung die Gewißheit, daß die nationalsozialistische Regierung keine leeren Versprechungen hinsichtlich der Beseitigung der als quälend empfundenen Auflagen des Versailler Vertrages machte, sondern ihre politischen Absichten erfolgreich durchzusetzen vermochte. Ferner blickten die Menschen hoffungsfroh in die Zukunft, da sie sich von der Wiedereinführung der Wehrpflicht eine stimulierende Wirkung auf das Wirtschaftsleben im allgemeinen versprochen.⁴¹ Schließlich erzielte die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bei der Bevölkerung des Regierungsbezirks deswegen eine „freudige Zustimmung“, weil sie in der Wehrmacht im Gegensatz zur Hitlerjugend eine „Erziehung der Jugend zu Manneszucht und Ordnung“ als gesichert ansah.⁴² Aber die Gestapo registrierte auch Besorgnis unter der Bevölkerung. Insbesondere „in den Augen ängstlicher Gemüter“ schienen die außenpolitischen Zeichen auf Krieg zu stehen. Die sorgenvolle Stimmung unter diesen Menschen wich erst, nachdem es am 25. März 1935 zu einem Zusammentreffen zwischen Hitler und englischen Ministern in Berlin gekommen war.⁴³ Der Merseburger Regierungspräsident bescheinigte der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht einen „umfassenden innenpolitischen Erfolg“. Die Resonanz bei der Bevölkerung war „ganz außerordentlich“. Eine „seit

³⁸ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Juli 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

³⁹ Lagebericht Regierungspräsident Magdeburg für März/April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁴⁰ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für März 1935, BA R58/1572, Blatt 344.

⁴¹ Ebenda, Blatt 343.

⁴² Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Mai 1935, BA R58/1575, Blatt 391.

⁴³ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für März 1935, BA R58/1572, Blatt 344.

langem nicht“ festgestellte „stille, aber tiefe Begeisterung“ nahm von den Menschen Besitz. Insbesondere „Rechtskreise“, die bisher den Nationalsozialismus als fremd erachteten, schienen nach dieser Maßnahme für den „Nationalsozialismus gewonnen“. Unvorbereitet wurden die „Reichswehrwerbbestellen“ mit einer großen Anzahl von „Freiwillige[n]“ konfrontiert. Für den Regierungspräsidenten ein Beweis für die stürmische und grenzenlose Begeisterung der Bevölkerung, so daß er emphatisch feststellen konnte: „Die Wehrmacht nimmt im Herzen des Volkes wieder den ihr zukommenden Ehrenplatz ein.“ Allerdings machten sich unter der Bevölkerung auch nüchterne Überlegungen Platz. Man erwartete von der allgemeinen Wehrpflicht auch „wirtschaftlich noch viele günstige Folgen.“⁴⁴

Respekt und Anerkennung ob ihrer „erlösenden Tat“ wurde der Regierung, namentlich Hitler, im Regierungsbezirk Erfurt gezollt. Nach Mitteilung der dortigen Gestapo erfaßte die diesbezügliche Euphorie nicht nur dem Nationalsozialismus wohlgesonnene, sondern auch bisher den Linksparteien nahestehende Bürger. So stand „in der Frage der Wehrpflicht die gesamte Bevölkerung geschlossen hinter dem Führer und der Regierung.“ Von den „monarchistischen Verbänden und Stahlhelm-Kreisen“ wurde die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht deswegen begrüßt, weil sie in dieser Maßnahme einen Hoffnungsschimmer für ihren baldigen politischen Wiederaufstieg sahen.⁴⁵ Selbst die Kommunisten meldeten ihre Zustimmung an, da sie ihre Parteigänger auch im „Waffenhandwerk“ geschult wissen wollten.⁴⁶ Eine Ausnahme bildete die SA. Dort war die Stimmung niedergedrückt, weil sie sich durch das Wehrgesetz ihrer „Existenzberechtigung“ beraubt sah.⁴⁷ Schon zu diesem Zeitpunkt verzeichnete der Berichtersteller erste Anzeichen für die „durch die Einführung der Wehrpflicht bedingte Belebung des Arbeitsmarktes“ in seinem Amtsbereich, da eine „ganze Reihe von Arbeitern“ in Rüstungsbetrieben eine Anstellung gefunden hatten.⁴⁸ Auch aus Sicht des Erfurter Regierungspräsidenten wurde die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht von der „gesamten Bevölkerung stürmisch begrüßt“. Keine andere Regierungsmaßnahme hatte es „in letzter Zeit“ vermocht, daß die Bevölkerung sich „mit solcher Einmütigkeit hinter den Führer stellte“.⁴⁹

Eine „seit langem“ nicht mehr erlebte „ungeteilte Zustimmung ziemlich aller Bevölkerungskreise“ nach Wiedereinführung der allgemeinen

⁴⁴ Lagebericht Regierungspräsident Merseburg für März/April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,5.

⁴⁵ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für März 1935, BA R58/1572, Blatt 272.

⁴⁶ Ebenda, Blatt 276.

⁴⁷ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Mai 1935, BA R58/1575, Blatt 335.

⁴⁸ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für März 1935, BA R58/1572, Blatt 273.

⁴⁹ Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 15. 5. 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,1, Blatt 61.

Wehrpflicht registrierte der Oberpräsident der Provinz Sachsen. Auch für ihn stand fest, daß diese Maßnahme „zahlreiche noch abseits Stehende“ zu Befürwortern Hitlers und des Nationalsozialismus gemacht hat. Diese Einstellung erklärte der Oberpräsident damit, daß neben „vaterländischen Motiven“ auch die Erwartung auf eine wirtschaftliche Belebung mit dieser militärpolitischen Entscheidung verbunden war.⁵⁰

V. *Das deutsch-britische Flottenabkommen*

Unter der Leitung Joachim von Ribbentrops begannen Anfang Juni 1935 in London Gespräche über die maritimen Interessen Deutschlands und Englands. Ribbentrop, den Hitler unter brüsker Umgehung des Außenministeriums mit der Verhandlungsführung beauftragt hatte, brachte die Besprechungen durch sein anfänglich ungeschicktes und arrogantes Auftreten wiederholt an den Rand des Abbruchs. Unerwartete Unterstützung erfuhr die deutsche Delegation von seiten der britischen Admiralität, die im Rahmen ihrer strategischen Konzeption das deutsche Angebot einer Beschränkung der deutschen Marine auf 35 Prozent der britischen Überseestreitkräfte und auf 45 Prozent bei den U-Booten in einer an die politische Führung Englands gerichteten Denkschrift als annehmbar bezeichnete. Indes ausschlaggebend für die Unterzeichnung des deutsch-britischen Flottenabkommens am 18. Juni 1935 war, daß die britische Verhandlungskommission im Laufe der Gespräche von der deutschen Delegation einen seriösen Eindruck gewann.⁵¹ Trotz dieses Vertragsabschlusses, den der Diktator euphorisch feierte, weil er darin „den Auftakt zu einem bilateralen Bündnis zwischen Deutschland und Großbritannien“ sah, war die britische Seite von ihrer ursprünglichen außenpolitischen Konzeption einer „Gleichgewichtspolitik“ in Europa nicht wirklich abgewichen. Sie gedachte, durch diese bilaterale Vereinbarung „auf den Weg der Multilateralität zurückkehren zu können.“⁵² Die Resonanz der Bevölkerung auf dieses zwischenstaatliche Abkommen wurde selbstverständlich in der Provinz Sachsen aufmerksam notiert.

Eine Vertiefung der Übereinstimmung zwischen der Bevölkerung und Hitler sah die Gestapo Magdeburg nach Veröffentlichung des Abschlusses des deutsch-britischen Flottenabkommens, obwohl zahlreiche Stimmen die

⁵⁰ Lagebericht Oberpräsident Magdeburg vom 10. 5. 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁵¹ Höhne, *Zeit der Illusionen*, S. 309f.

⁵² Hildebrand, *Das vergangene Reich*, S. 600f.

Beschränkung der deutschen Überseeflotte auf 35 Prozent der britischen als zu gering ansahen.⁵³

Im Regierungsbezirk Merseburg zog im Juni 1935 das Reinsdorfer Unglück das vorrangige Augenmerk der Bevölkerung auf sich, so daß die „grossen aussenpolitischen Tagesereignisse“ [gemeint ist vermutlich das deutsch-britische Flottenabkommen, M.M.] unbemerkt blieben.⁵⁴

Dagegen vermerkten die Gestapo Erfurt und der Erfurter Regierungspräsident übereinstimmend eine positive Resonanz der Bevölkerung des Regierungsbezirks auf das Bekanntwerden dieser bilateralen Vereinbarung. Nach ihrer Auffassung resultierte die freudige Stimmung daher, daß die Bevölkerung im deutsch-britischen Flottenabkommen eine weitere Etappe auf dem Weg zu Deutschlands gleichberechtigter Stellung unter den Nationen sah.⁵⁵

Mit dem Abschluß des deutsch-britischen Flottenabkommens hatte Hitler Deutschland vorerst aus seiner außenpolitisch bedrohlichen Lage, in der es sich seit Ende des Jahres 1934 befunden hatte, in ruhiges Fahrwasser gesteuert. Dabei war die gegnerische Phalanx zersprengt worden. Neben Polen hatte nun auch Großbritannien, ohne seinen „alten Partner“ Frankreich zu konsultieren, mit dem Deutschen Reich ein „nicht gerade unerhebliches Arrangement“ getroffen, das zudem den Diktator zur Durchsetzung weiterer seiner außenpolitischen Ziele ermutigte, wie der Einmarsch deutscher Truppen in das entmilitarisierte Rheinland im März 1936 zeigen sollte.⁵⁶

VI. *Schlußbetrachtung*

Insgesamt nahm die deutsche Außenpolitik nach den vorliegenden Lageberichten, vor allem vom Frühjahr 1935 an,⁵⁷ für die Bevölkerung in der Provinz Sachsen einen exponierten Rang ein. Hatte sich das Deutsche Reich zu Beginn des Jahres 1934 wieder einen halbwegs sicheren Stand in

⁵³ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Juni 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁵⁴ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Juni 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,2. Bei dem Reinsdorfer Unglück handelte es sich um ein Explosionsunglück bei der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff AG (WASAG) mit über 100 Toten.

⁵⁵ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Juni 1935, GStAPK I.HA 90P LB Nr. 10,1, Blatt 79. Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 12. 7. 1935, BA-P 17.01 St.3 Nr. 807, Blatt 112.

⁵⁶ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 604.

⁵⁷ Lagebericht Oberpräsident Magdeburg vom 10. 5. 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

der europäischen Politik verschafft,⁵⁸ so geriet es nach dem nationalsozialistischen Putsch in Österreich erneut in die Gefahr einer außenpolitischen Isolation.

Dies war den Menschen im Magdeburger Regierungsbezirk nicht verborgen geblieben und führte ihnen nachdrücklich vor Augen, wie brüchig die europäische Ordnung war. Die Reaktion Italiens auf den Putsch erzeugte sogar eine Kriegsfurcht unter der dortigen Bevölkerung.⁵⁹ Darüber hinaus verstärkten im Herbst 1934 die zahlreichen Luftschutzübungen unter der erwachsenen Bevölkerung die Befürchtungen vor einem drohenden Krieg, während sich infolge dieser Übungen unter Jugendlichen eine ‚Freude am Krieg‘ breit machte.⁶⁰ Nach der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht erwartete die Magdeburger Bevölkerung von Hitler bei gleichzeitiger Konsolidierung der Großmachtstellung Deutschlands die Sicherung eines dauerhaften und „ehrenhaften Frieden[s]“.⁶¹ Die Zufriedenheit der Bevölkerung im Regierungsbezirk Magdeburg mit dem, was bisher auf dem außenpolitischen Feld von Hitler erreicht worden war, und das feste Vertrauen in Hitlers zukünftige, mutmaßlich auf das Wohlergehen Deutschlands ausgerichtete Außenpolitik wurden deutlich in der „uneingeschränkten Begeisterung“ der Bevölkerung an Hitlers Geburtstag am 20. April 1935.⁶² Die Auffassung, das seine Außenpolitik eine friedliche Zielsetzung hatte, verstärkte Hitler noch mit seiner „großen Friedensrede“ am 21. Mai 1935,⁶³ die eine starke Resonanz bei der dortigen Bevölkerung erzielte. Für die Gestapo Magdeburg stand danach außer Frage, daß der „größte Teil“ der Bevölkerung in Hitler den Garanten des Friedens sah. Von Hitlers Rede nahm die Bevölkerung an, so liest man, daß sich insbesondere das Verhältnis zwischen Deutschland und England besserte, welches es als „stammesverwandtes“ Volk ansah. Demgegenüber rechnete die Bevölkerung infolge der Rede nicht mit einer verständigen Atmosphäre zwischen Deutschland und Frankreich, das es weiterhin als „Erbfeind“ bezeichnete. Als das „Wehrgesetz“ und die damit verbundenen Durchführungsbestimmungen in der Öffentlichkeit bekannt waren, haben sie bei der Bevölkerung „große Beruhigung“ und „Befriedigung“ erzeugt, was die Rede vom „Kriegsgeist“ verstummen ließ.⁶⁴

⁵⁸ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 593.

⁵⁹ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Juli 1934, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁶⁰ Reisebericht Oberpräsident Magdeburg über den Landkreis Calbe vom 30. 10. 1934, LA MD Rep.C 20 Ib Nr. 4868 Bd. 2, Blatt 29, RS-30.

⁶¹ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für März 1935, BA R58/1574, Blatt 572.

⁶² Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁶³ Max Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. I, Leonberg 1988- , S. 505ff.

⁶⁴ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Mai 1935, BA R58/1577, Blatt 624.

Auch die Bevölkerung im Regierungsbezirk Merseburg machte sich Sorgen um den Erhalt des Friedens. Wenn Hitler brüsk englische Gesprächsangebote zurückwies, dann machte die „Zufriedenheit“ der Bevölkerung über die gewachsenen deutschen Beziehungen zu England einer „bedenklichen“ Stimmung Platz.⁶⁵ Im Wissen um die Sensibilität der Bevölkerung bei einer angespannten außenpolitischen Lage ließ das NS-Regime besorgniserregende Nachrichten zurückhalten. So geschehen, als im April 1935 die Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Italien in Stresa und der Völkerbund in Genf die deutsche Vorgehensweise bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verurteilt und sich grundsätzlich gegen die einseitige Aufkündigung von Verträgen ausgesprochen hatten, zeitigten diese „außenpolitischen Ereignisse“ wegen der „Disziplin“ der Presse keine Stimmungsveränderung oder „wahrnehmbare Unruhe“⁶⁶ der Bevölkerung.⁶⁷ Auch im Regierungsbezirk Merseburg hatte Hitlers Rede vom 21. Mai 1935 zu Fragen der Außenpolitik, „ein besonders infames Lehrstück von Täuschung und Lüge“,⁶⁸ eine positive Wirkung. Sie beseitigte aus Sicht der Gestapo die Gefahr, daß die „allgemeine Stimmung“ der Bevölkerung abzugleiten drohte.⁶⁹ Am Ende des Jahres 1935 hatte sich die außenpolitische Lage des Deutschen Reiches nach Abschluß des deutsch-britischen Flottenvertrages weiter stabilisiert, was die Stimmung der Bevölkerung im Regierungsbezirk Merseburg positiv beeinflusste,⁷⁰ zumal das abessinische Abenteuer des italienischen Diktators die allgegenwärtige Kriegsgefahr nachhaltig deutlich machte.⁷¹ Man war eben froh und glücklich, frei zu sein von einer Verwicklung in kriegerische Auseinandersetzungen. So empfand die dortige Bevölkerung die „Gewißheit einer erfreulichen Geborgenheit in der gärenden Welt“.⁷² Der Merseburger Regierungspräsident drückte es poetischer aus. Der Bevölkerung in seinem Bezirk erschien Deutschland „als eine Oase des Friedens in dem Meer der europäischen Gegensätze“.⁷³ Mithin bot Deutschland den Men-

⁶⁵ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Februar 1935, BA R58/1569, Blatt 323.

⁶⁶ Lagebericht Regierungspräsident Merseburg für März/April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,5.

⁶⁷ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,2.

⁶⁸ Hildebrand, Das vergangene Reich, S. 599.

⁶⁹ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Mai 1935, BA R58/1575, Blatt 391.

⁷⁰ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Dezember 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,2.

⁷¹ Im Oktober 1935 dringen zwei italienische Armeen von Somaliland und Eritrea aus in Abessinien ein, das 1936 annektiert wird.

⁷² Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für November 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,2.

⁷³ Lagebericht Regierungspräsident Merseburg vom 17. 1. 1936, BA-P 17.01 St.3 Nr. 901, Blatt 111.

schen das Bild „eines gesicherten und ruhigen Staates“.⁷⁴ Aber nicht alle Menschen im Regierungsbezirk dachten so; es gab auch Ausnahmen. Die in der Nähe des Kraftwerkes in Golpa-Zschornowitz, Landkreis Bitterfeld, lebende Bevölkerung hegte noch im Februar 1936 Furcht vor feindlichen Fliegerangriffen wegen der kriegswichtigen Bedeutung dieser Betriebsanlage. Hinzu kam bei der Bevölkerung dieser Region eine „allgemeine Kriegsfurcht“, die der Oberpräsident sogar als eine „Art von Psychose“ bezeichnete.⁷⁵ Eine „wahre Angstpsychose“ vor einem Krieg überfiel auch die Bevölkerung im Merseburger Raum infolge der „Nähe“ des Leunawerkes, das bei einer militärischen Auseinandersetzung zwangsläufig zu einem exponierten Ziel feindlicher Angriffe werden würde,⁷⁶ eine Befürchtung, die sich während des Zweiten Weltkriegs bewahrheiten sollte, als das Leunawerk insgesamt 22mal von alliierten Bomberverbänden angegriffen wurde.⁷⁷

Auch im Regierungsbezirk Erfurt wurde die außenpolitische Entwicklung mit sorgenvoller Aufmerksamkeit begleitet. So konnte im August 1934 eine Unruhe der Bevölkerung wegen der „außenpolitischen Schwierigkeiten“ nur auf der Grundlage der „Geschlossenheit der allgemeinen Willensbildung und Staatsauffassung“ bei der Bevölkerung vermieden werden.⁷⁸ Die besorgte Stimmung wich, wenn eine auf Annäherung und Verständigung zielende Diplomatie wie die deutsch-französischen Verhandlungen im Vorfeld der Saarabstimmung betrieben wurde. Diese Politik fand großen Anklang bei der Bevölkerung.⁷⁹ Nach dem bemerkenswerten Wahlausgang an der Saar fanden die außenpolitischen Maßnahmen Hitlers die ungeteilte Zustimmung der ganzen Bevölkerung.⁸⁰ Am Ende des Jahres 1935 wurde die gesamte Außenpolitik des Deutschen Reiches als vorteilhaft von der Bevölkerung des Regierungsbezirkes Erfurt beurteilt. Insbesondere die neutrale Haltung Deutschlands in der Auseinandersetzung zwischen Italien und Abessinien wurde einhellig begrüßt. Darüber hinaus erwartete die Bevölkerung im Bezirk infolge der günstigen außenpolitischen Lage des Deutschen Reiches eine Belebung des

⁷⁴ Ebenda, Blatt 131.

⁷⁵ Reisebericht Oberpräsident Magdeburg über den Landkreis Bitterfeld vom 4. 2. 1936, LA MD Rep.C 20 Ib Nr. 4869 Bd. 4, Blatt 83.

⁷⁶ DB 1937, S. 768f.

⁷⁷ Christian Zentner/Friedemann Bedürftig: Das Große Lexikon des Zweiten Weltkriegs, Augsburg 1993, S. 338.

⁷⁸ Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 11. 9. 1934, BA-P 17.01 St.3 Nr. 807, Blatt 40.

⁷⁹ Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 9. 1. 1935, BA-P 17.01 St.3 Nr. 807, Blatt 69.

⁸⁰ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Februar 1935, BA R58/1569, Blatt 251.

Außenhandels und damit einhergehend eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland selbst.⁸¹

Dem Friedenswillen der Bevölkerung scheint die seit dem März 1935 überall in der Provinz Sachsen registrierte „Wehrfreudigkeit“ zu widersprechen. Euphorisch registrierte die Gestapo Magdeburg eine „sichtbare Wehrfreudigkeit“⁸² unter den Wehrpflichtigen, die auch im Juli 1935 noch anhielt.⁸³ Große Aufmerksamkeit im Bezirk zog auch das öffentliche Erscheinen des Militärs auf sich. Der Aufbau des Heeres und der Luftwaffe erfüllten die Menschen in „starkem Masse“ mit „Nationalstolz“.⁸⁴ In dem reibungslosen Ablauf einer „Verdunkelungsübung“ im Regierungsbezirk sah die Magdeburger Gestapo im November 1935 eine „große Einmütigkeit“ der Bevölkerung mit dem „Wehrgedanken“.⁸⁵

Auch im Regierungsbezirk Merseburg konnten im Juni 1935 infolge der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht die Musterungen vorschriftsmäßig durchgeführt werden.⁸⁶ Erfreut stellte die Gestapo dann im Juli 1935 fest, daß „in Fragen außenpolitischer Lebensinteressen der Nation eine bisher nie dagewesene Geschlossenheit des völkischen Willens“ erreicht worden ist. Ausweis dieser Haltung war, so der Berichterstatter, die „glänzende“ Stimmung bei den Musterungen und bei dem Erscheinen von Abteilungen der Wehrmacht.⁸⁷ Die Wehrmacht nahm nach den Worten des Merseburger Regierungspräsidenten „im Herzen des Volkes“ wieder einen „Ehrenplatz“ ein. Auch das „Ehrenkreuz“ des Ersten Weltkriegs wurde in der Öffentlichkeit wieder getragen.⁸⁸ Mit „großer Freude“ kamen die jungen Männer ihrer Wehrpflicht nach.⁸⁹

Als im Juli 1935 auch im Regierungsbezirk Erfurt die Musterungen der Wehrmacht anliefen, kamen die Wehrpflichtigen ihrer Musterungsaufforderung „gern und freudig“ nach. Verweigerungen wurden nicht

⁸¹ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für November 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,1, Blatt 174-175.

⁸² Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Juni 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁸³ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Juli 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁸⁴ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁸⁵ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Oktober 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

⁸⁶ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Juni 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,2.

⁸⁷ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Juli 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,2.

⁸⁸ Lagebericht Regierungspräsident Merseburg für März/April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,5.

⁸⁹ Lagebericht Regierungspräsident Merseburg vom 17. 11. 1935, BA-P 17.01 St.3 Nr. 901, Blatt 81.

bekannt.⁹⁰ Allerdings gab der Erfurter Regierungspräsident zu bedenken, daß „die Kommunisten und Marxisten ihren Anhängern geraten haben, sich dem Musterungs- und Stellungsbefehl nicht zu widersetzen, vielmehr Folge zu leisten, um in der Wehrmacht umso unauffälliger für ihre Ziele zu werben und Zellen zu bilden.“⁹¹ Auch für die „Maßnahmen zur Landesverteidigung“ wurde von der Bevölkerung Verständnis gezeigt.⁹² Auf eine breite positive Resonanz innerhalb der Bevölkerung stießen der feierliche Aufzug der Reichskriegsflagge und die anschließende Vereidigung von Rekruten in Erfurt.⁹³ Wurden neue Truppenteile nach Erfurt verlegt, wurden sie mit großer Begeisterung von der dortigen Bevölkerung begrüßt.⁹⁴ Der Regierungspräsident sah in dem begeisterten Empfang der Soldaten einen Beweis dafür, daß „der alte Soldatengeist im deutschen Volk, trotz Versailles und trotz all der Drangsal und Nöte einer überwundenen Epoche, lebendiger ist denn je“.⁹⁵

Wie stark allerdings wirtschaftliche Momente die „Wehrfreudigkeit“ beeinflussten, zeigte sich besonders im Regierungsbezirk Erfurt. Dort erreichte im Mai 1935 die geringe Resonanz innerhalb der männlichen Bevölkerung Sömmerdas auf die Werbeaktionen für den freiwilligen Eintritt in die Wehrmacht, die in anderen Regionen des Deutschen Reiches geradezu überraschend positive Ergebnisse erbrachten, die staatspolizeiliche Aufmerksamkeit. Daß sich dort nur eine Person – ein Frisör – gemeldet hatte, führte die Gestapo weniger auf „marxistische Einflüsse“ als vielmehr auf die hohen Löhne der dortigen Rüstungsbetriebe zurück.⁹⁶ Auch ließ die Einberufung der Geburtsjahrgänge 1914 und 1915 zur Wehrmacht bei vielen älteren Arbeitslosen die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufkeimen.⁹⁷ Desgleichen war in den Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg, wie oben bereits dargelegt, die Erwartung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage ein wesentlicher Grund, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht gutzuheißen. Die wirtschaftlichen Folgen dieser militärpolitischen Regelung dürften von den Zeitgenossen leicht zu prognostizieren gewesen sein. Eine Auf-

⁹⁰ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Juli 1935, GStAPK I.HA 90P LB Nr. 10,1, Blatt 108.

⁹¹ Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 12. 9. 1935, BA-P 17.01 St.3 Nr. 807, Blatt 129.

⁹² Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Februar 1935, BA R58/1569, Blatt 251.

⁹³ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für November 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,1, Blatt 172.

⁹⁴ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Oktober 1935, BA R58/1580, Blatt 294.

⁹⁵ Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 13. 11. 1935, BA-P 17.01 St.3 Nr. 807, Blatt 157.

⁹⁶ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Mai 1935, BA R58/1575, Blatt 313.

⁹⁷ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Juni 1935, GStAPK I.HA 90P LB Nr. 10,1, Blatt 79.

stockung des Militärs im angekündigten Umfang verlangte umfangreiche staatliche Investitionen: Bauland für Kasernen mußte erworben und erschlossen werden, Militärflugplätze mußten angelegt oder bereits vorhandene umgebaut oder erweitert werden, Unterkünfte für die Soldaten mußten gebaut und ausgestattet werden. Die Soldaten selbst mußten eingekleidet und mit neuesten Waffensystemen ausgerüstet werden. Nach Abschluß dieser Aufbauarbeit waren zur Aufrechterhaltung eines reibungslosen Funktionierens der Wehrmacht die dauernde Beschäftigung zahlreicher Zivilisten unbedingt erforderlich. Folglich war die Wehrmacht eine Institution, die insbesondere kurzfristig einer großen Anzahl von Arbeitskräften ein sicheres Einkommen verschaffte. Hinzu kam, daß die jeweils einberufenen Wehrpflichtigen den Arbeitsmarkt nicht unerheblich entlasteten. Dieser wirtschaftliche Aspekt und das stolze Gefühl, die mit Versailles verbundenen Kränkungen und Belastungen beseitigen zu können, sowie die sich abzeichnende Entwicklung Deutschlands zu einem selbstbewußten Staat, der von den anderen europäischen Staaten als gleichberechtigt anerkannt würde, erklären u.E. das „wehrfreudige“ Verhalten der Bevölkerung in der Provinz Sachsen. Eine erkennbar auf Krieg abzielende Außenpolitik hätte, auch wegen der wachen Erinnerung an das Leid und die Entbehrungen des Ersten Weltkrieges, zweifellos nicht den Beifall der überwiegenden Mehrheit der dortigen Bevölkerung gefunden, einer Bevölkerung, der der Oberpräsident der Provinz am Ende des Jahres 1935 sogar mangelnde Kriegstüchtigkeit attestierte. Dieser sah „die Lebensmittelschwierigkeiten als eine Art von probeweiser Mobilmachung“ an, wobei sich die Bevölkerung „eben noch nicht so diszipliniert verhalten [hat], wie es für den Ernstfall unbedingt zu fordern ist.“ Immer noch stellte das Volk die Befriedigung individueller Interessen über die Notwendigkeiten der „Volksgemeinschaft“. An diesem Punkt mußte nach seiner Auffassung „die moralische Wehrhaftmachung des deutschen Volkes in Zukunft noch ganz anders und viel intensiver fortgesetzt werden, wenn man bedenkt, daß die derzeitigen Schwierigkeiten doch nur winzig sind im Vergleich mit den Anforderungen des Ernstfalls.“⁹⁸

Auch aus einem anderen Verhalten der Menschen in der Provinz Sachsen darf nicht zwangsläufig auf die Absicht geschlossen werden, daß sie die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Grenzen, vor allem im Osten, gewaltsam hätten verändern wollen. Selbstverständlich wurde ihr Nationalgefühl, befördert von der nationalsozialistischen Propaganda, nachhaltig berührt, wenn Menschen, mit denen sie sich nach Herkunft und Tradition, Kultur und Lebensart verbunden fühlten, Niederlagen hinnehmen mußten, Erfolge errangen, Not litten, in ihren Rechten beschnitten

⁹⁸ Lagebericht Oberpräsident Magdeburg vom 3. 1. 1936, BA-P 17.01 St.3 Nr. 897, Blatt 68-69.

wurden, oder gar in ihrer Existenz bedroht waren. An der schlechten Lage der „Auslandsdeutschen“ nahm die Bevölkerung Anteil.⁹⁹ Insbesondere das „Kownoer Schandurteil“ zog das Interesse der Bevölkerung auf sich.¹⁰⁰ In Kowno hatte im März 1935 ein Prozeß gegen 128 Nationalsozialisten stattgefunden; gegen vier Angeklagte war die Todesstrafe verhängt worden. Dieses Ereignis verstärkte die seit langem in Deutschland verbreiteten Ressentiments gegen Litauen, das das Memelgebiet 1923 völkerrechtswidrig annektiert hatte.¹⁰¹ So rief dieses Urteil im Regierungsbezirk Magdeburg die „größte Entrüstung“ der Bevölkerung hervor.¹⁰² Auch im Regierungsbezirk Merseburg erzeugten die Todesurteile in Litauen gegen die „wehrlosen Memel-Deutschen“ bei der Bevölkerung ein „bitteres Gefühl der Wut“. Aus diesem Anlaß demonstrierten nach Angaben der Gestapo 20 bis 30.000 Menschen in Halle. Dieses Verhalten interpretierte die Gestapo als Beweis dafür, daß die Bevölkerung „über alle kleinlichen Interessen hinweg zusammensteht, wenn es um die Ehre des neuen Deutschland geht“. Weiterhin sah sie vor dem Hintergrund der Ereignisse im Memelland den Glauben in der Bevölkerung fest verwurzelt, daß allein ein „starkes Deutschland in der Lage ist, seine Volksgenossen zu schützen“.¹⁰³ Ebenso wurden im Regierungsbezirk Erfurt Kundgebungen gegen das „litauische Schandurteil“ durchgeführt.¹⁰⁴

Eine „große Freude“ bei der Bevölkerung im Regierungsbezirk Merseburg löste dagegen das positive Abschneiden der „Sudetendeutschen Heimatfront“ am 19. Mai 1935 bei der Wahl in der Tschechoslowakei aus.¹⁰⁵ Auch im Regierungsbezirk Erfurt war die Freude groß, als am 30. September 1935 die Einheitsliste der Memeldeutschen bei den Landtagswahlen 81 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatte. Während die Erfurter Gestapo den Ausgang der Memelwahl und seine positive Wirkung auf die Bevölkerung nur knapp darstellte,¹⁰⁶ widmete sich der Erfurter Regierungspräsident ausführlich dem „unerwartet günstige[n] Ausgang der Memelwahlen“, der „überall große Freude ausgelöst“ hat. Seiner Beobachtung nach wurde „in weiten Kreisen des Volkes das

⁹⁹Ebenda, Blatt 71-72.

¹⁰⁰ Lagebericht Oberpräsident Magdeburg vom 10. 5. 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,3.

¹⁰¹ Domarus, Hitler, Bd. I, S. 510.

¹⁰² Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für März 1935, BA R58/1574, Blatt 573.

¹⁰³ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für März 1935, BA R58/1572, Blatt 344.

Lagebericht Regierungspräsident Merseburg für März/April 1935, GStAPK I.HA Rep.90P LB Nr. 10,5.

¹⁰⁴ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für März 1935, BA R58/1572, Blatt 274.

¹⁰⁵ Lagebericht Staatspolizeistelle Halle für Mai 1935, BA R58/1575, Blatt 391. Die „Sudetendeutsche Heimatfront“ erhielt bei diesen Wahlen 1.249.530 von 7.384.979 gültigen Stimmen.

¹⁰⁶ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Oktober 1935, BA R58/1580, Blatt 295.

Verlangen nach einer Rückgliederung des Memellandes an sein Mutterland Deutschland laut.“ Das Ergebnis wertete die Bevölkerung als einen „politische[n] Sieg Deutschlands“ und maß ihm somit eine überregionale Bedeutung bei. Folglich erwartete sie eine Reaktion der Signatarmächte des Versailler Vertrages.¹⁰⁷ In den Olympischen Winterspielen in Garmisch-Partenkirchen, die von der Bevölkerung euphorisch aufgenommen wurden, sahen die Bürger in Regierungsbezirk Erfurt ebenfalls eine „großartige Werbung für das neue Deutschland“.¹⁰⁸ Auch im Regierungsbezirk Magdeburg wohnten viele Menschen, die „sonst am öffentlichen Leben uninteressiert“ waren, den Übertragungen der Olympischen Winterspiele „mit grossem Interesse“ bei. Verärgert waren sie deswegen, weil „in der Provinz“ Karten für die Olympischen Sommerspiele in Berlin kaum angeboten wurden.¹⁰⁹ Die Ermordung von Wilhelm Gustloff rief die „tiefste Empörung“ der Erfurter Bevölkerung hervor.¹¹⁰ Darüber hinaus empörte sie das in der Schweiz gegenüber der NSDAP ausgesprochene Betätigungsverbot.¹¹¹

Trotz der partiell unterschiedlichen Akzentuierung der deutschen Außenpolitik in dem jeweiligen Regierungsbezirk stimmte die Bevölkerung, wie oben darlegt, in einem entscheidenden Punkt überein: Sie wollte keinen Krieg. Für sie war Hitlers Außenpolitik, ganz im Sinne der Propaganda, durch einen friedlichen und verständnisvollen Charakter vor dem Hintergrund einer angestrebten gleichberechtigten Stellung Deutschlands in Europa gekennzeichnet.

¹⁰⁷ Lagebericht Regierungspräsident Erfurt vom 13. 11. 1935, BA-P 17.01 St.3 Nr. 807, Blatt 157-158.

¹⁰⁸ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Februar 1936, BA R58/1585, Blatt 327.

¹⁰⁹ Lagebericht Staatspolizeistelle Magdeburg für Februar 1936, BA-P 17.01 St.3 Nr. 44/III, Blatt 713.

¹¹⁰ Daß es im Anschluß an die Bekanntgabe der Ermordung Wilhelm Gustloffs durch den Juden David Frankfurter nicht zu von staatlicher Seite initiierten antisemitischen Pogromen gekommen ist, erklärt Adam mit der geplanten Rheinlandbesetzung und den Olympischen Sommerspielen. Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 153.

¹¹¹ Lagebericht Staatspolizeistelle Erfurt für Februar 1936, BA R58/1585, Blatt 323-325. Die NSDAP wurde in der Schweiz am 18. Februar 1936 verboten.

Autoren

Victor Artemov

Prof. Dr., Universität Woronesch

Daniel Bohse

Student, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Carel Horstmeier

Doktorand, Mitarbeiter am Groninger niederländisch-russischen Archivzentrum und Dozent für russische Geschichte an der Universität Groningen

Manfred Müller

Dr. phil., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 4 / 1998

Mit Beiträgen von Falk Lange, Matthias Uhl, Holger Zaunstöck,
Henrik Eberle und Denise Wesenberg.

Heft 5 / 1998

Mit Beiträgen von Andreas Schmidt, Hermann-Josef Rupieper und
Isolde Stark.
Im Gespräch: Günter Mühlpfordt.

Heft 6 / 1999

Mit Beiträgen von Wiebke Janssen, Dietmar Schulze und Alexander
Sperk.
Im Gespräch: Santiago Carrillo

Heft 7 / 2000

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Robert Grünbaum, Inga Grebe
und Matthias Uhl.

Heft 8 / 2000 (Sonderheft)

Sonderheft mit studentischen Beiträgen zum Thema Holocaust.